Die aktuell wieder positive wirtschaftliche Stimmung nutzen, um die nötige Aufgaben- und Strukturreform voranzutreiben, forderten WKOÖ-Präsident Rudolf Trauner und Rechnungshof-Präsident Josef Moser bei den letzten Lunchgesprächen.

Über Reformvorhaben in der Verwaltung unterhielten sich nach dem Lunchgespräch WKOÖ-Direktor Christian Hofer, Präsident Trauner, RH-Präsident Moser und Direktor-Stv. Walter Bremberger. © Mozart

Reformen rasch angehen

„Die Wirtschaft hat auf die Herausforderungen der letzten Jahre reagiert und die Krise genutzt, um die Kostenstrukturen zu ändern und ihre Innovationskraft weiter auszubauen. Denn Stillstand ist nicht leistbar", sagte Trauner. Nun gelte es, die Aufgaben- und Strukturreform rasch voranzutreiben, um die Effizienz der Verwaltung zu steigern. „Ein moderner Wirtschafts- und Arbeitsstandort der Zukunft braucht eine effiziente und kostensparende öffentliche Verwaltung", so Trauner.

RUDOLF TRAUNER,
WKOÖ-PRÄSIDENT

„Ein moderner Wirtschaftsstandort braucht eine effiziente öffentliche Verwaltung."

Zahlreiche Berichte und Studien sehen deutlichen Reformbedarf in Verwaltung, Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystemen. Diese sind in gewissen Teilbereichen durch Ineffizienzen, Doppelgleisigkeiten und überlappende Kompetenzbereiche in Gesetzgebung und Vollziehung sowie langwierige Verfahrensabläufe gekennzeichnet. „Es ist ein Gebot der Stunde, sämtliche Einsparungsmöglichkeiten zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu nutzen, um finanzielle Mittel für erforderliche Zukunftsinvestitionen, wie Forschung und Entwicklung oder Infrastruktur, zu lukrieren", so Trauner. Laut einer von WKO und dem Institut für Höhere Studien (IHS) Anfang März veröffentlichten Studie könnten jährlich Einsparungen und Effizienzsteigerungen bei öffentlichen Ausgaben und in der Verwaltung von ca. 650 Mio. Euro lukriert werden.

Neuordnung und Neugestaltung

Zwar habe es in den letzten beiden Jahrzehnten mit der Aufgabenreformkommission, dem Österreich-Konvent, Verwaltungsinnovationsprogrammen oder der Verwaltungsqualitätsoffensive mehrere Anläufe gegeben, um in der Verwaltung mehr Transparenz, Bürgerorientierung und Effizienz zu erzielen. Neben anzuerkennender Einzelerfolge hätten diese Intentionen bisher aber noch zu keiner umfassenden Neuordnung und Neugestaltung der Verwaltung geführt, bemerkte Moser.

Problematisch sei, dass Österreich nun trotz besserer volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein steigendes Defizit und einen steigenden Schuldenstand verzeichne. Dass selbst in den guten Jahren 2006 und 2007 kein Überschuss erwirtschaftet wurde, zeuge von gravierenden strukturellen Ineffizienzen, so Moser. Dies betreffe alle staatlichen Ebenen, so haben 2010 weder Bund noch Länder und Gemeinden die Vorgaben aus dem österreichischen Stabilitätspakt erfüllt. Zudem zeige der geplante Schuldenaufbau für die kommenden Jahre, dass der derzeitige Finanzrahmen nicht ausreiche, um Österreich fit zu machen und eine nachhaltige Budgetierung in Österreich derzeit nicht gegeben sei.

„Aus Sicht des Rechnungshofes sind daher der klare politische Wille zu Reformmaßnahmen, die uneingeschränkte Umsetzungsbereitschaft sowie eindeutige politische Vorgaben über Umfang und Zielrichtung unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Staats- und Verwaltungsreform", erklärte Moser. Außer Frage

JOSEF MOSER,
RECHNUNGSHOF-PRÄSIDENT

„Eine erfolgreiche Staats- und Verwaltungsreform braucht klaren politischen Willen."

stehe, dass Reformmaßnahmen alle staatlichen Ebenen umfassen müssen. Dies sei allein schon in den finanziellen Beziehungen und Abhängigkeiten der Gebietskörperschaften und der damit verbundenen Verflechtung der Finanzströme begründet.

Aufgrund der Verteilung und Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben auf die einzelnen Gebietskörperschaften und durch die Existenz vielfach überschneidender Aufgabenbereiche könnten nachhaltige Verbesserungen nicht durch Bund, Länder und Gemeinden alleine umgesetzt werden. Einzelmaßnahmen ohne nachhaltige Strukturreformen würden nicht ausreichen, um die Budgetsituation zu konsolidieren. Dies könne nur durch eine gemeinsame Problemsicht und durch das Bekenntnis zum vereinbarten Lösungsweg erreicht werden.